

gemacht: unter anderem *Kurt Biedenkopf*, den SPD-Vordenker *Thomas Meyer* und den Grünen *Joschka Fischer*. Europaweit gesehen sind es noch mehr: *Jacques Delors* rede wie ein Kommunitarier, in Großbritannien vertrete der Labourvorsitzende *Tony Blair* ausgesprochen kommunitaristi-

sche Positionen. Etzioni will sich dies keinesfalls als Missionserfolg an die Brust heften, ja nicht einmal unbedingt Urheberrechte einklagen. Stattdessen beschwört er den Kairos: „Die Zeit ist einfach reif für dieses Konzept.“

*Alexander Foitzik*

# Konfliktreiche Gründerzeit

## Zur Lage der Jüdischen Gemeinden in Deutschland

*Die jüdischen Gemeinden in Deutschland befinden sich in einer nachhaltigen Umbruchssituation – vor allem wegen des massiven Zuzugs von Einwanderern aus den GUS-Staaten. Auf die Gemeinden kommen gegenwärtig Aufgaben zu, deren Ausmaß sie nicht selten überfordern. Parallel zu dieser Entwicklung äußert sich verstärkt Kritik an der in Deutschland üblichen Einheitsgemeinde und ihrem Umgang mit inner-jüdischer Pluralität.*

Wachstum auf Grund von Zuwanderung aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion, Richtungsauseinandersetzungen innerhalb der traditionellen jüdischen Einheitsgemeinden in Deutschland, umstrittene Neugründungen von Gemeinden, Konflikte um demokratisch gewählte Vertretungen in Gemeinden und Landesverbänden – zahlreich sind die Themen, mit denen das verfaßte Judentum in Deutschland gegenwärtig auf sich aufmerksam macht. Mit dem Ende der Nachkriegszeit, dem Beitritt der ehemaligen DDR zur Bundesrepublik Deutschland und dem Zusammenbruch des Ostblocks hat für die Jüdischen Gemeinden in Deutschland eine neue Phase ihrer Entwicklung begonnen, deren weiterer Fortgang noch nicht absehbar ist.

### Eine Verdoppelung in wenigen Jahren

Ende 1995 wiesen die Jüdischen Gemeinden in Deutschland einen Mitgliederstand von 53 797 Personen aus (nach Angaben der *Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland*, Frankfurt). Die Gesamtzahl der in Deutschland lebenden Juden liegt höher. Eine Jüdin oder ein Jude, die nicht Mitglied einer Gemeinde sind, werden deswegen nicht zu Nichtjuden. Schätzungen sprechen von 5000 bis 10000 Juden in Deutschland, die in keiner Mitgliederstatistik einer Jüdischen Gemeinde auftauchen (so erst unlängst der Vorsitzende des *Zentralrates der Juden in Deutschland*, *Ignatz Bubis*, in: *Reformierte Kirchenzeitung* 2/1996, S. 66). Zum Vergleich: Die Volkszählung vom 25. Mai 1987 ermittelte für das damalige Bundesgebiet 32 319 Angehörige der jüdischen Religionsgemeinschaft (vgl. *Statistisches Jahrbuch 1995 für die Bundesrepublik Deutschland*, Wiesbaden 1995, S. 63). Zur gleichen Zeit zählten die Jüdischen Gemeinden 27 612 Mitglieder.

Mit seinen derzeit rund 60 000 Juden liegt Deutschland in Bezug auf seine jüdische Bevölkerung weltweit an 14. Stelle – weit abgeschlagen nach den USA (5,8 Mio), Israel (4,4 Mio), Frankreich und Rußland (je rund 600 000), Ukraine (446 000), Kanada (360 000), Großbritannien (300 000), Argentinien (250 000), Südafrika 114 000), Australien und Brasilien (je 100 000) sowie Ungarn (80 000). Nach Deutschland folgen in dieser Statistik Länder wie Usbekistan, Moldawien, Mexiko, Belgien und Weißrußland (vgl. *Allgemeine Jüdische Wochenzeitung* [AJW], 18. 5. 95).

Zu den auffälligsten Erscheinungen der Nachwendejahre in Deutschland gehört der rapide Anstieg der jüdischen Bevölkerung durch Zuwanderung vor allem aus der ehemaligen UdSSR. Mit ihren knapp 54 000 Mitgliedern im Jahre 1995 ist die verfaßte jüdische Gemeinschaft in Deutschland rund *dreieinhalb mal so groß wie Mitte der 50er Jahre*. Von 1955 bis 1990 weist die Mitgliederentwicklung ein vergleichsweise geringes Wachstum aus, wiederholt unterbrochen von Phasen leichten Rückgangs. Ende der 50er Jahre stieg die Zahl von rund 16 000 auf 21 000, Mitte der 60er Jahre auf etwa 26 000 an. 1974 überschritt sie die Grenze von 27 000, 1980 die von 28 000 Mitgliedern, eine Zahl, die nach einem leichten Rückgang in den 80er Jahren erst 1990 erneut überschritten wurde.

Seit 1991 erreichten die Zuwächse einen Umfang, wie man ihn in der gesamten Nachkriegszeit nicht kannte: 1991 ein Plus von 5162 Personen, 1992 weitere 3868, 1993 3325, 1994 4736, 1995 sogar 8238. 36 Jahre dauerte es, bis sich die Mitgliederzahl jüdischer Gemeinden von 16 000 auf über 32 000 verdoppelte. Setzt sich die Entwicklung der letzten fünf Jahre fort – und nichts spricht z.Z. dagegen –, wird sich die Zahl schon in kurzer Zeit erneut verdoppelt haben.

Die gesetzlichen Grundlagen für die Zuwanderung von Juden aus der ehemaligen Sowjetunion wurden durch die Innenministerkonferenz im Januar 1991 gelegt. Juden aus

den Ländern der ehemaligen Sowjetunion werden demnach nach der Genfer Konvention und im Rahmen des „Kontingentflüchtlingengesetzes“ aufgenommen. Dabei wird ohne Prüfung des Einzelfalls von einer Regelvermutung der Verfolgung ausgegangen (vgl.: Von Aizenberg bis Zaidelman, Jüdische Auswanderer aus Osteuropa in Berlin und die Jüdische Gemeinde heute, herausgegeben von der Ausländerbeauftragten des Berliner Senats, *Barbara John*, Berlin 1995).

Nach Angaben des Bundesverwaltungsamtes gab es bis August 1995 insgesamt Aufnahmezusagen für 97 197 jüdische „Kontingentflüchtlinge“ aus der ehemaligen Sowjetunion. Tatsächlich eingereist waren bis zu diesem Zeitpunkt rund 40 000 Personen. Nach Angaben einer Untersuchung des *Moses-Mendelsohn-Zentrum für europäisch-jüdische Studien* an der Universität Potsdam unter aus Ländern der GUS ausgereisten Juden (vgl. *Russische Juden in Deutschland*, herausgegeben von *Julius H. Schoeps, Willi Jasper* und *Bernhard Vogt*, Weinheim 1996) erklärten 37,5 Prozent zu den Gründen ihrer Ausreise, der Antisemitismus habe „bedrohliche Ausmaße“ angenommen. Mit je über zehn Prozent wurden als weitere Gründe genannt: die mangelnde Sicherheit der eigenen Familie, die „unerträgliche“ wirtschaftliche Situation sowie die Gefahr von Bürgerkriegen.

Knapp 88 Prozent der Befragten gaben an, vor ihrer Ausreise nach Deutschland bereits „Erfahrungen mit antisemitischen Übergriffen“ gemacht zu haben. 30,8 Prozent weisen darauf hin, in Deutschland mit Formen des Antisemitismus konfrontiert worden zu sein. Mit längerer Anwesenheit in Deutschland nimmt dieser Wert offenbar zu. Dennoch bezeichne, so die Verfasser der Studie, die überwältigende Mehrheit der Befragten ihre heutige Situation als besser als in der ehemaligen Sowjetunion, lediglich 11,6 Prozent als schlechter.

Zu den problematischen Seiten des bisherigen rechtlichen Status der Einwanderer in Deutschland gehört die Tatsache, daß den GUS-Einwanderer bisher kein internationaler Reisepaß ausgestellt wird, wie es nach dem Kontingentflüchtlingengesetz eigentlich der Fall sein müßte. Die GUS-Einwanderer verfügen somit nur über einen *dem der Kontingentflüchtlinge ähnlichen Status*. Als Grund für die Regelung wird angegeben, die weitere Einreise von Juden nach Deutschland solle nicht gefährdet werden. Stellte man sofort internationale Reisepässe aus, würde damit die ehemalige Sowjetunion, immerhin ein Unterzeichnerstaat der Genfer Flüchtlingskonvention, als „Verfolgerstaat“ an den Pranger gestellt, was aus politischen Gründen vermieden werden soll (vgl. *Monika Miklis*, Die Situation der jüdischen Emigranten aus der GUS in der Bundesrepublik Deutschland, in: *Uri R. Kaufmann* [Hg.], *Jüdisches Leben heute in Deutschland*, Bonn 1993, S. 71 ff.).

Als die beiden größten Schwierigkeiten für die Integration der jüdischen Einwanderer erweisen sich derweil die *unzureichenden Sprachkenntnisse* und die hohe *Arbeitslosigkeit*. Letztere wird begünstigt durch die „kopflastige“ Berufs-

struktur“ (Schoeps u. a.) der Einwanderer. 71,2 Prozent der im Rahmen der Potsdamer Untersuchung befragten jüdischen Einwanderer besitzen einen Hochschulabschluß. 35,4 Prozent seien Ingenieure oder Naturwissenschaftler, 21,1 Prozent hätten vor ihrer Ausreise als Ärzte, Lehrer oder Künstler gearbeitet.

Den Einwanderern mangelt es im übrigen nicht nur an Integration in die deutsche Gesellschaft. Ihre Bezeichnung als Juden kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß sie in vielen Fällen *nur unzureichend mit der jüdischen Religion* vertraut sind, der sie der Herkunft nach angehören. Auf die Gemeinden kommt die Aufgabe zu, zahlreiche Einwanderer mit den religiösen und kulturellen Grundlagen ihres Judeseins erst einmal vertraut machen zu müssen.

In Deutschland besinnen sich viele Einwanderer auf die eigenen religiösen Wurzeln, die im Alltag des Lebens in der ehemaligen Sowjetunion – aus welchen Gründen auch immer – verschüttet blieben. Dies führt u. a. zu einer vermehrten Interesse an gottesdienstlichen Leben der Gemeinden: „13,3 Prozent (nehmen) regelmäßig einmal in der Woche (am synagogalen Gottesdienst) teil... Weitere 25,4 Prozent besuchen mindestens einmal monatlich eine Synagoge und immerhin 37 Prozent erscheinen dort an den Feiertagen“ (Schoeps u. a.).

---

## Die faktische „Unsichtbarkeit“ besteht fort

---

An einem ändert indes auch der massive Anstieg der Mitgliederzahl der jüdischen Gemeinschaft seit 1990 nichts: an der fortgesetzten „faktischen ‚Unsichtbarkeit‘ der jüdischen Minorität in Deutschland“ (Schoeps u. a.). Schon rein quantitativ bewegen sich die Zuwächse der jüdischen Gemeinschaft in einem Bereich, der angesichts der Millionen Asylbewerber bzw. Einwanderergruppen aus anderen Teilen der Erde für die große Öffentlichkeit kaum ins Gewicht fällt – wäre da nicht die besondere Verpflichtung Deutschlands gerade gegenüber dem Einwanderungsbegehren von Juden, wo immer sie im einzelnen herkommen. Von daher wurde von jüdischer Seite auch mit Verwunderung registriert, daß der jüngste „Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für die Belange der Ausländer über die Lage der Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland“ von November 1995 die jüdischen Einwanderer aus der GUS mit keinem Wort erwähnt.

Die Lage der jüdischen Gemeinden insgesamt nimmt sich jedoch weit weniger rosig aus, als es die Zuwandererzahlen auf den ersten Blick suggerieren. Der quantitative Zuwachs verschleierte nur die Tatsache, daß sich die Gemeinden seit langem – sieht man von den Zuwanderern ab – in einer personell schwierigen Lage befinden, vor allem wegen der Überalterung. Den jüdischen Gemeinden wird somit gegenwärtig eine Integrationsleistung abverlangt, die diese angesichts der eigenen begrenzten personellen Mittel vielfach überfordert. Der rapide Anstieg der Mitgliederzahlen läßt

organisches Wachstum kaum zu. Oftmals gelingt es nur schwer, die neuen Gemeindemitglieder problemlos in die demokratisch gewählten Gemeindestrukturen zu integrieren. Die etablierten Kräfte in den Gemeindeleitungen wie den Vorständen der Landesverbände geraten in Konflikt mit der sich verändernden Wählerbasis. Bereits alte Konflikte um bestimmte Gemeindeformen und Richtungen innerhalb des Judentums in Deutschland brechen neu auf.

Die heute knapp 54 000 Juden in Deutschland verteilen sich auf (inzwischen) 13 Landesverbände, in denen 65 Gemeinden zusammengeschlossen sind, hinzukommen sechs selbstständige Großstadtgemeinden (nach Angaben der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland, Frankfurt). Nicht enthalten sind in diesen Zahlen einige Gemeinden, die sich im Aufbau befinden bzw. deren Anerkennung durch die zuständigen Landesverbände strittig ist.

Die beiden Bundesländer Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg umfassen je zwei Landesverbände, ansonsten entspricht die Gliederung dem föderalen Aufbau Deutschlands. Knapp die Hälfte der Mitglieder jüdischer Gemeinden (Stand: 31. Dezember 1995) wohnen in den drei Städten Berlin (10 105), Frankfurt (5934) und München (rd. 5000). Mehr als tausend Mitglieder jüdischer Gemeinden leben in Hamburg (2851), Köln (2466) und Düsseldorf (ca. 3900).

Die kleinsten Landesverbände bestehen in den neuen Bundesländern: Sachsen (294 Mitglieder), Sachsen-Anhalt (273), Mecklenburg-Vorpommern (270), Brandenburg (206). Die Erfurter Gemeinde (136 Mitglieder) ist dem Landesverband Sachsen angeschlossen. Auch die Zahl der jüdischen Gemeinden ist in diesen Bundesländern bisher am geringsten: Sachsen und Sachsen-Anhalt mit je drei Gemeinden (Dresden, Chemnitz und Leipzig bzw. Dessau, Halle und Magdeburg), Mecklenburg-Vorpommern zwei (Rostock und Schwerin), Brandenburg und Thüringen je eine (Potsdam bzw. Erfurt).

Knapp 400 Juden lebten in der ehemaligen DDR. 1990 löste sich der Verband der jüdischen Gemeinden in der DDR auf. Mit den neuen Bundesländern werden Staatsverträge mit den Gemeinden bzw. den neu entstandenen Landesverbänden abgeschlossen bzw. wurden bereits abgeschlossen. Wenn schon die westdeutschen Gemeinden mit dem Zuzug von Einwanderern aus Osteuropa an die Grenzen ihrer Möglichkeit kommen, so gilt dies ganz besonders für die Gemeinden in den neuen Bundesländern. Dort fehlt es vielfach immer noch an elementaren Voraussetzungen jüdischer Infrastruktur (zur Lage der Juden in der ehemaligen DDR vor der „Wende“ vgl. *Robin Ostrow*, Jüdisches Leben in der DDR, Frankfurt 1988).

18 konservative und orthodoxe Rabbiner tun derzeit in Deutschland ihren Dienst. Ihre Ausbildung haben sie alleamt außerhalb Deutschlands erhalten. Eine Ausbildungsstätte für Rabbiner sowie eine Hochschullehrgang für jüdische Religionslehre fehlt weiterhin in Deutschland. Die 1979 eröffnete Heidelberger Hochschule für Jüdische Studien konnte bisher die entsprechenden Erwartungen gerade der jüdischen Seite nur begrenzt erfüllen.

Struktur und Institutionen der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland spiegeln die Tatsache wider, daß es sich bei der Zugehörigkeit zum Judentum um *mehr als um die Zugehörigkeit zu einem religiösen Bekenntnis handelt*. Die Zugehörigkeit zum Judentum wird in erster Linie über die Geburt von einer jüdischen Mutter definiert. Je orthodoxer das Judentum, desto höher die Hürden bei Konversionen. Juden selbst beschreiben die von ihnen gepflegte Gemeinschaftsform als „ethnische Gruppe“. Darunter werden Personen verstanden, „die eine gemeinsame Herkunft haben, weitgehend unter sich heiraten, gemeinsame Sitten und Traditionen pflegen, bestimmte Normen bewahren etc. Die Religion bildet dabei lediglich eine Komponente in einem größeren Bündel von Gruppenattributen... Nicht jedes Mitglied muß alle gemeinsamen Merkmale aufweisen“ (*Cilly Kugelmann*, in: *Ethnische Minderheiten in der Bundesrepublik Deutschland*. Herausgegeben von *Cornelia Schmalz-Jacobsen* und *Georg Hansen*. München 1995, S. 257).

### Neue Gemeinde, neue Synagogen, viele Konflikte

Je nach Größe der Gemeinden bestehen in den Gemeinden eine Vielzahl von Institutionen und Einrichtungen, in denen Juden ihr Leben den eigenen religiös geprägten Traditionen und Normen folgend gestalten: Altersheime, Kindergärten, Grundschulen, Frauen- und Jugendverbände, Studentenvereinigungen, ein jüdischer Sportverband u. a. Angesichts des gegenwärtigen Wachstums wird dieses System weiter ausgebaut.

In der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland herrscht gegenwärtig auf den unterschiedlichsten Gebieten eine regelrechte „Gründerzeit“ (so der niedersächsische Vertreter im Direktorium des Zentralrats der Juden in Deutschland, *Michael Fürst*, in: *AJW*, 23.2.95). Neue Gemeinden entstehen auch in den alten Bundesländern (Oldenburg, Emmendingen, Lörrach). Vielerorts knüpft man dabei an vergangene jüdische Traditionen an. Neue Synagogen werden geplant, erstellt und eingeweiht (Aachen, Heidelberg), alte wiedererrichtet (Berlin, Frankfurt, Gießen, Oldenburg). Es entstehen weitere jüdische Museen, in nicht-jüdischer wie in jüdischer Trägerschaft.

Weitere Beispiele: In Berlin wurde 1995 die nach dem früheren Vorsitzenden der Berliner Jüdischen Gemeinde benannte *Heinz-Galinski-Schule* ihrer Bestimmung übergeben, eine Grundschule, der erste Neubau einer jüdischen Schule in Deutschland nach dem Krieg. Eine jüdische Oberschule befindet sich im Aufbau. Am 7. Mai 1995 wurde in Berlin auf dem Gelände der früheren Neuen Synagoge die „Stiftung Neue Synagoge – Centrum Judaicum“, eine neuen jüdischen Begegnungs- und Forschungsstätte, eröffnet. Im Sommer 1995 fand in Berlin das „1. Jewish Film Festival“ statt. Gerade Gründerzeiten erweisen sich indes als ausgesprochen konfliktgeladen. Neugründungen bringen das gewach-

sene Gleichgewicht durcheinander. Kritiker sagen: Es entsteht eine neue Möglichkeit, die entstandenen Verkrustungen aufzubrechen. Innerhalb weniger Jahre veränderte sich die Wählerzusammensetzung in den Gemeinden. Konflikte brechen im Zusammenhang mit bekannten Streitfragen aus: Wer hat als Jude zu gelten? Und wer stellt dies im Zweifelsfall fest? Wieviel Pluralität verträgt ein minoritäres Judentum wie das in Deutschland? Den traditionellen Strukturen gelingt es vielen Fällen nicht, den Übergang zu größeren Mitgliederzahlen der Gemeinden reibungslos zu organisieren.

In den Landesverbänden Baden und Sachsen-Anhalt kam es aufgrund der neuen Zusammensetzung der jüdischen Gemeinden bei Vorstandswahlen zu erheblichen Auseinandersetzungen. Der Oberrat der Israeliten Badens verweigert der neu gegründeten jüdischen Gemeinden in Emmendingen und Lörrach die Anerkennung.

### Wie einheitlich muß die Einheitsgemeinde sein?

Michael Fürst, ein bekannter Kritiker der eher auf Kontinuität denn auf Veränderung bedachten Mehrheits-Linie im Zentralrat der Juden in Deutschland, zur Haltung gegenüber neueren Entwicklungen: Mit den 20000 neuen Mitgliedern sind die „Großgemeinden... überfordert durch ihre Anonymität, Bürokratie und ihren Formalismus. Neue, kleinere Gemeinden wachsen aus dem Erdboden – dort, wo schon einmal jüdische Gemeinden existierten. Aus kleinen Gemeinden werden große, die Gemeinden stabilieren sich... Für die jüdische Gemeinschaft in Deutschland ist jede jüdische Gemeinde eine Chance zur Vermittlung jüdischer Werte. Dies setzt aber auch voraus, daß der neuen Gemeinde jüdische Traditionen und Gesetze als Grundlage dienen, ob reform oder liberal, traditionell-konservativ oder orthodox oder unter dem Dach der Einheitsgemeinde. Das Wissen um die Tradition und die Gesetze macht uns stark. Beides hat das Judentum am Leben erhalten. Wenn neue Gemeinden sich hierauf besinnen, sind sie eine Bereicherung, auch wenn sie zu der Gründungsfeier vergessen, den Verbandsvorsitzenden einzuladen“.

Unter dem Zuwanderungsdruck aus Osteuropa verstärkt sich die *Erfahrung der Heterogenität in den Gemeinden*. Selbst das, was bisher das Nachkriegsjudentum in Deutschland einte, die Erfahrung des Holocaust, hat für die Zuwanderer aus Osteuropa nicht denselben Stellenwert. Insofern geht es für die jüdischen Gemeinden längst nicht nur um eine pragmatisch-praktische Bewältigung der Zuwanderung und der damit gegebenen Veränderungen. Es geht um das Selbstverständnis der Gemeinden als „Einheitsgemeinden“. Pluralität meinte man sich bislang schon angesichts der geringen Zahl von Juden in Deutschland kaum wirklich leisten zu können. Was zu Beginn des (Wieder-) Aufbaus von jüdischem Leben in Deutschland sinnvoll war, sei dies – wird heute eingewandt – nicht mehr.

Ein unübersehbares Zeichen auf Wandel setzten die beiden jüdischen Gemeinden in Oldenburg und Braunschweig. Als erste Gemeinden in Deutschland stellten sie eine Rabbinerin an, die Schweizerin *Bea Whyler* (vgl. HK, September 1995, 457f.). Ignatz Bubis distanzierte sich von dieser Entscheidung. Er warnte wiederholt vor dem Reformjudentum, weil er die traditionelle Religion in Gefahr sieht. Ohne traditionelle Religion hätte das Judentum keine zwei Jahrtausende ständigen Anfechtungen getrotzt. Bea Whyler versteht sich selbst als konservative Rabbinerin. Sie ist bislang kein Mitglied der Rabbinerkonferenz.

Der Frankfurter Pädagogikprofessor *Micha Brumlik*, führendes Mitglied eines 1995 gegründeten „Verbandes konservativer und reformierter Juden in Deutschland“, verwarfte sich gegen den Vorwurf, diese Vereinigung strebe die Auflösung der Einheitsgemeinde an. Statt dessen gehe es dieser Gruppierung um die „Vollendung der Einheitsgemeinde“. Es müsse möglich sein, unter dem Dach der Einheitsgemeinde eine religiöse Vielfalt in den Gemeinden zu schaffen, wie es sie vor 1933 in Deutschland bereits gegeben habe. Schließlich zahlten auch konservative und reformierte Gemeindemitglieder Kirchensteuer, müßten sich aber gegen ihren Willen dem orthodoxen Ritus unterwerfen (AJW, 13.7.95). An verschiedenen Orten bildeten sich unterdessen kleinere Gruppen, die sich für Veränderung im Sinne des Reformjudentums aussprechen.

Die jüdischen Gemeinden stehen darüber hinaus vor der Aufgabe, unter den gesellschaftlichen Verhältnissen von Individualisierung und Institutionenkrise ihren Platz neu zu finden. Brumlik: „Die jüdischen Gemeinden in der Bundesrepublik Deutschland stehen nach der deutschen Vereinigung und angesichts der andauernden Zuwanderung von Juden aus der ehemaligen Sowjetunion vor einem Strukturwandel, der sich mit... Tendenzen einer Auflösung großer Institutionen in der Gesellschaft überlappt und Planungen in bezug auf Kindergartenplätze, Schulen und Jugendarbeit, im Hinblick auf religiöse Einrichtungen, auf Erziehungs- und Eheberatung erfordert“ (in: AJW, 8.2.96).

Eine Kontroverse des vergangenen Jahres zwischen Brumlik und Bubis in der Allgemeinen Jüdischen Wochenzeitung illustriert diese im Kern nicht neue, in jüngster Zeit jedoch aufgelebte innerjüdische Auseinandersetzung anschaulich. Brumlik hielt den Funktionären der Landesverbände vor, sie reklamierten „Mitspracherechte“ bezüglich der liturgischen Praxis einzelner Ortsgemeinden und anderer Fragen, während die Gemeinden vom „Mythos der Einheitsgemeinde“ gebannt seien. Der Zweck der Einheitsgemeinde sei der Pluralismus und „entgegen der Suggestionskraft des Wortes ‚Einheit‘ – gerade nicht das Durchsetzen einer einheitlichen liturgischen Praxis“. Staatskirchenrechtliche Regelungen dienten einzig dem Zweck, das „Leben und Beten von Jüdinnen und Juden zu erleichtern“ (AJW, 23.3.95).

In seiner Entgegnung nahm Bubis nicht nur die viel geschmähten Funktionäre in Schutz. Er strich erneut die besondere Lage in Judentums in Deutschland hervor. „Anders als in den Vereinigten Staaten, wo die Mitgliederzahl in

mancher Congregation größer ist als die eines Landesverbands in Deutschland, kann die Existenz der jüdischen Gemeinschaft bei uns nur in einer Einheitsgemeinde gewährleistet werden“ (AJW, 6. 4. 95).

Die vergleichsweise übersichtlichen Zeiten in den jüdischen Gemeinden der Nachkriegszeit scheinen ihrem Ende entgegenzugehen. Das Judentum in Deutschland wird von jener Wirklichkeit eingeholt, die es auch andernorts kennzeichnet – mit dem Unterschied, daß es trotz Zuwanderung auf absehbare kein vergleichbare Größe erreichen wird wie in jenen Ländern, in denen die Pluralität an Richtungen voll ausgebildet ist.

Im übrigen wird das Judentum in Deutschland von einer Vielgestaltigkeit religiösen Denkens erreicht, die beileibe nicht auf das Judentum beschränkt ist: von der nicht selten leidvoll erlebten Erfahrung, – um es mit einer eher pessimistischen Sicht eines Kommentators der Allgemeinen Jüdischen Wochenzeitung zu sagen –, daß „einer den anderen nicht mehr wirklich versteht... Von einer Einheit im Denken und in der Lebensweise ist keine Rede. Juden sprechen gleichsam viele ‚Religionssprachen‘, und wenn sie sich artikulieren, prallen sie auf taube Ohren. Die Fülle könnte sich positiv auswirken, vorausgesetzt, die einzelnen Steine ergäben ein sinnvolles Mosaik. Doch das ist nicht der Fall, weil

das kreative Glaubensgespräch ausbleibt. Die verschiedenen Strömungen – Orthodoxie, konservatives und Reformjudentum, die in sich durchaus nicht einheitlich, sondern breit gefächert sind – laufen parallel zueinander, ohne sich in einem Schnittpunkt zu treffen. Der Reformjude, der die kritische Haltung der religiösen Tradition gegenüber prinzipiell bejaht und daher einen Großteil der biblisch-talmudischen Vorschriften nur noch modifiziert oder überhaupt nicht mehr einhält, findet mit dem fundamentalistisch-orthodoxen Juden, der auch die geringfügigste Änderung ablehnt, keinen gemeinsamen Nenner. Im wesentlichen verbindet die beiden Juden nur noch die geschichtliche Erfahrung...“ (Roland Gradwohl, in: AJW, 18. 5. 95).

Anerkennungen von Gemeinden lassen sich nachholen, Auseinandersetzungen um Vorstandswahlen per Schiedsgericht bereinigen. Mehr Zeit dagegen benötigen die Bemühungen, aus den Juden aus der GUS nicht nur Juden in Deutschland, sondern womöglich Deutsche jüdischen Bekenntnisses zu machen. Daß es jedoch eines Tages weniger vielstimmig im Judentum zugehen wird als heute, ist andererseits nicht zu erwarten. Die Geschichte des Judentums in Deutschland ist auch eine lange Folge von Versuchen, kultisch wie institutionell auf die sich jeweils verändernden äußeren Verhältnissen zu reagieren. *Klaus Nientiedt*

# Was ist Glück?

## Vergangene und heutige Antwortversuche

*Daß Menschen glücklich sein wollen, versteht sich beinahe von selbst. Aber auf die Frage, was das Glück eigentlich ausmacht, haben Philosophen, Theologen und Sozialwissenschaftler von der Antike bis zur Gegenwart ganz unterschiedliche Antworten gegeben. Ein Philosophisches Seminar der Münchner Katholischen Akademie hat versucht, in diesem so elementar/wichtigen wie schwierigen Terrain/Schneisen zu schlagen.*

Oft wird Philosophie zwar für interessant gehalten, aber in ihrer konkreten Gestalt als zu schwierig und zu weitreichend empfunden. Doch das muß nicht so sein. Zur Philosophie gehören nicht nur Spezialfragen, die komplizierte Analysen und eine eigene Terminologie erfordern, sondern sie befaßt sich immer wieder mit den *klassischen Lebensfragen*, die jeden Menschen beschäftigen, der sein Leben nicht völlig achtlos dahinlebt und nicht ganz darin aufgehen muß, das Nötigste für sein Überleben zu sichern. Wie hat ein Leben auszusehen, damit es wert ist, gelebt zu werden, damit ich mit ihm einverstanden sein kann? Diese Frage durchzieht auf verschiedene, aber im Grunde doch immer wieder verblüffend ähnliche Weise die ganze Geschichte der menschlichen Reflexion. Die Frage nach dem Glück gehört, wie immer man sie auch konkret formuliert, zu den Standardfragen der Menschheit. Denn sie ist die klassische Formulierung dafür,

wie die Menschen seit alters nach dem Sinn und Ziel ihres Lebens fragen und sich überlegen, welche Bedingungen dafür nötig sind, daß ihr Leben gelingt und nicht scheitert.

In Zusammenarbeit mit der Hochschule für Philosophie/Philosophische Fakultät S. J., München, griff die Katholische Akademie in Bayern diese Fragestellung für das diesjährige Philosophische Seminar auf. Das Thema war formuliert: „Was ist Glück? Leben im Spannungsfeld von Gelingen und Scheitern.“ Um die zu erörternde Frage nicht nur der denkerischen Spekulation zu überlassen und auf den Hintergrund des zeitgenössischen Suchens und Findens gelingender Lebensläufe zu durchdenken, wurden auch die Ergebnisse der heutigen psychologischen und sozialwissenschaftlichen Forschung in die Diskussion einbezogen. Wie verstehen zeitgenössische Philosophen das menschliche Glück und welche Wege führen ihrer Meinung nach zu ihm?